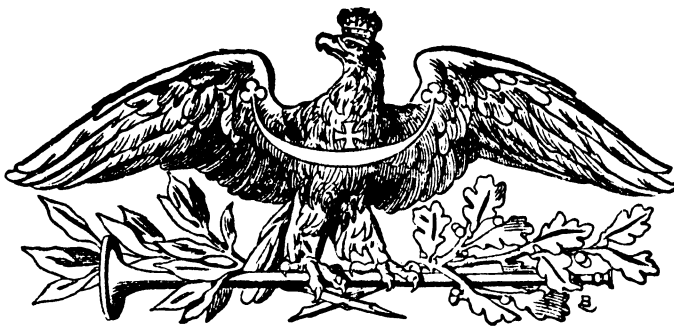




Bezugspreis für den Monat Oktober in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus 250 Mt., wöchentlich 80 Mt., bei Abholung von den Verlagsstellen und Agenturen 245 Mt., wöchentlich 75 Mt.; bei Abholung von den Geschäftsstellen in Breslau 240 Mt., wöchentlich 70 Mt. Bei der Post 250 Mt.

Breslau, Dienstag, 10. Oktober 1922

Einrückungsgebühr für den 1. Halb. Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile ist 2 1/2 mm hoch) 18,00 Mt. (Wochenblatt 18,00 Mt.), bei Anzeigen a. Schließen u. Böfen 12,00 u. 14,00 Mt. In der Morgenausgabe Stellengedruckte 6,50 Mt., Familienanzeigen (nur zwei u. mehrspaltig), die zweispaltige Millimeterhöhe 6,50 Mt., Nachrufe 12,00 Mt., Anzeigen an bevorzugter Stelle (3 spaltig) 75,00 Mt., Schließen u. Böfen 60,00 Mt.

Hauptverleger: Dr. Richard Schott. Fernsprecher der Redaktion Ring Nr. 2081, 2722 und 540 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Handelsredaktion Ring Nr. 4416. Sprechstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt. Heftungsbezeichnung und Anzeigenannahme (Schluß 5 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle: Schlesische Freitung, Breslau 8, W. H. Gottl. Korn. — Geschäftsstelle für Übersetzungen: Deutsches O.S. Solgerstraße 5, Fernsprecher Deutsches O.S. 1925. Bei Eindrücken durch höhere Gewalt, Streik, Auslieferung u. dgl. können Ersparnisse nicht berücksichtigt werden.

Aufheiterung im Orient.

Der Orient zeigt heute ein etwas freundlicheres Gesicht. Die Verschiedenheiten zwischen den englischen Instruktionen einerseits und den italienischen und französischen andererseits, auf die wir im Abendblatt hingewiesen haben und die zu einer Unterbrechung der am Sonnabend wieder aufgenommenen Verhandlungen in Mudania führten, sind inzwischen beseitigt worden, so daß die Verhandlungen am Montag nachmittags mit Ismed Pascha wieder aufgenommen werden konnten. Man rechnet deshalb mit dem baldigen Abschluß der Konferenz und der gemeinsamen Unterzeichnung eines Protokolls. Auch die Schwierigkeiten, die sich aus einer neuen Verletzung der neutralen Zone ergeben und die zu einer Note der alliierten Generale geführt haben, in der Ismed Pascha ausdrücklich auf die Verletzung hingewiesen und für die Folgen hieraus verantwortlich gemacht wurde, sind inzwischen behoben, indem die für die Verletzung verantwortlichen Seerführer erklärten, daß sie ihre Truppen sofort zurückziehen würden.

Die Nachwirkungen des Orientkonfliktes machen sich, worauf wir schon in der Sonntagsnummer hingewiesen haben, jetzt schärfer in der inneren Politik Englands geltend. Nachdem Bonar Law und Asquith Lloyd George wegen seiner Orientpolitik angegriffen haben, folgt nun auch der „Observer“, der bisher freu zu Lloyd George gehalten hat, mit einem Vorstoß gegen den Premierminister. Er bezeichnet dessen Orientpolitik als einen Fehlschlag, der Lloyd George um jedes Ansehen im Inland und Ausland gebracht habe. Der „Observer“ empfiehlt deshalb Lloyd George, alsbald zurückzutreten, bevor etwaige Neuwahlen ihn von der Mithimmung im Lande wegen seiner Politik hierzu zwingen würden. Der „Observer“ kennt sogar schon den Nachfolger Lloyd Georges in der Person Chamberlains. Die „Times“ und die „Westminster Gazette“, die sich auch stets gegen die Orientpolitik Lloyd Georges gewandt haben, gehen auf den Artikel des „Observer“ näher ein, dem sie im allgemeinen zustimmen, nur betonen sie, daß jetzt nicht der geeignete Moment für den Rücktritt des Premierministers oder irgendwelcher anderer sei.

Die Russen bringen erneut darauf, daß sie an den Verhandlungen über die Meerengenfrage hinzugezogen werden. Wie im Abendblatt gemeldet wurde, ist man in den letzten Verhandlungen in Paris schon übereingekommen, die Friedenskonferenz in zwei Abschnitten abzuhalten; in dem ersten sollen allein die militärischen Fragen zwischen Griechenland und der Türkei geregelt werden, in dem zweiten aber die Meerengenfrage behandelt werden, und zwar unter Einbeziehung Russlands, Georgiens und der Ukraine. Durch dieses Übereinkommen dürfte auch der Widerstand der Sowjetregierung gegen die beabsichtigte Regelung des Orientproblems wesentlich abgeschwächt werden.

Deutschlands Reparationsleistungen.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Schroeder hat vor kurzem eine ausführliche Denkschrift über die deutschen Reparationszahlungen ausgearbeitet und das Schriftstück auch dem Professor Reynes vorgelegt. Reynes kommentierte die Darstellung mit folgender Bemerkung:

Die Tatsachen, die Schroeder aufzählt, sollten ausreichen, das Märchen zu zerstören, daß Deutschland seit dem Waffenstillstande nichts getan habe, als zu versuchen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Schroeder weist in der Denkschrift darauf hin, daß Deutschland schon jetzt zehnmal soviel bezahlt habe, wie Frankreich nach dem Kriege 1870/71. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Gesamtleistungen und die Abtretungen Deutschlands einschließlich des Reichs- und Staatseigentums in dem verlorenen Teile Ostpreussens einen Gesamtwert von nahezu 41 Milliarden Goldmark repräsentieren.

Wider die Schulwillkür.

Der Reichsverband evangelischer Eltern- und Volkskinder (Reichselternbund) wendet sich angesichts der zunehmenden Verwirrung im Schulwesen an den demnächst zusammentretenden Reichstag mit folgender Rundgebung:

Im Reichsausschuss hat eine Verordnung des Kultusministeriums Schulgesetz und Abwehr religiöser Feiern und Choralgesangs aus allen Schulen beseitigt und religiöse Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichtes untersagt. Dieser unerhörte Eingriff in das Schulwesen erweist sich als erschreckender Beleg dafür, was von dem Schutz des Artikel 174 der Reichsverfassung zu halten ist. Durch diesen Schlag, der die christliche Schule im Reichsausschuss zertrümmert hat, weiß sich die gesamte evangelische Elternschaft in ganzem Reich getroffen. Sie verweigert sich entschieden dagegen, daß gesetzliche Willkür die christliche Schule über der in der Reichsverfassung gebotenen Sicherung antastet darf. Was gebietet die Reichsregierung zur Wiederherstellung der christlichen Schule in Sachsen zu tun?

Auch in Braunschweig und Thüringen ist der Bestand christlichen Schulwesens durch Eingriffe jenseitiger Regierungsmehrheiten ernsthaft gefährdet. Wenn aber bei der gegenwärtigen Rechtslage solche Eingriffe in das Schulwesen überhaupt möglich sind, wenn das Schulwesen trotz Artikel 174 der Reichsverfassung ohne Ende der Verunsicherung und Vergeßlichkeit preisgegeben ist, so kann sich das Reich nicht länger seiner Pflicht entziehen und muß endlich und zwar nun mit größter Beschleunigung, das Ausführungsgesetz zu Artikel 140, Abs. 2, erlassen. Die Gebuld der evangelischen Eltern ist nunmehr erschöpft.

Die evangelische Elternschaft des Deutschen Reiches steht fest zusammen und erklärt: Wir verlangen sofortige Beseitigung der Anarchie im Schulwesen und Wiederherstellung eines geordneten Rechtszustandes durch unverzügliche Verabschiedung des Reichsschulgesetzes.

Vom Tage.

* Die Begeisterung für die deutsche Republik erscheint in einem recht merkwürdigen Lichte durch Feststellungen, die man im Anschluß an die bekannten, von der Regierung so eifrig geförderten Demonstrationen zum Schutze der Republik aus Anlaß der Ermordung Rathenau gemacht hat. Unter dem Vorgeben, an diesen Demonstrationen teilnehmen zu wollen, hatten auch zahlreiche Eisenbahner Urlaub erbeten und erhalten. Im Bezirk einer Eisenbahndirektion ist nun, wie der Reichsverkehrsminister in einem Schreiben mitteilt, festgestellt worden, daß nur der dritte Teil der Beurlaubten wirklich an der Demonstration teilgenommen hat. Ähnliche Beobachtungen hat man bei anderen Direktionen gemacht. Der Minister erklärt nun, diese Beobachtungen würden bei künftigen Urlaubsgefehen nicht unberücksichtigt bleiben.

* Sowjet-Embleme in Berlin. Zum Schutze der Republik werden Ausnahmemaßnahmen erlassen und die alten schwarz-weißen roten Farben und Fahnen des Deutschen Reiches aus den Zeiten seiner Herrlichkeit aus der Öffentlichkeit vertrieben und mit dem Bannspruch belegt. Dagegen darf die Revolution vorbereitende und die demokratisch-sozialdemokratische Regierung verfolgende kommunistische Partei als Wortführer der Moskauer mit dem Sowjet-Embleme sich großtun. Das ist beispielsweise am 1. Oktober in Berlin geschehen, als die Kommunisten eine Massendemonstration in Szene setzten, um ihre Existenz und ihre Machtelüste der Öffentlichkeit in Erinnerung zu bringen. An die verantwortlichen Regierungsmänner wird man namens weiter Kreise der Bevölkerung die Anfrage richten müssen, ob sie sich nicht über die Unvorsichtigkeit entziehen, mit der die Partei des revolutionären Umsturzes die kommunistischen roten Fahnen mit dem Sowjet-Stern auf den Straßen demonstriert zur Schau tragen.

* Der schwedische Ministerpräsident Genosse Branting ist kürzlich in Berlin zu Besuch gewesen und hat dort auch mit dem Berliner Vertreter des „Matin“ gesprochen. Branting erklärte nach dem Bericht des „Matin“ dabei u. a., es sei richtig, daß er mit den verschiedenen Parteiführern die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erörtert habe. Zwei Bedingungen müßten zuvor erfüllt werden. Der Völkerbund müsse erst eine gründliche unparteiische Untersuchung anstellen, und das Reich müsse dem Völkerbunde eine moralische Garantie für die Zukunft geben. Diese Garantie sieht Branting in der Macht der Arbeiterorganisationen, welche dem Militarismus feindlich gesinnt und entschlossen seien, jedem Kriege Widerstand zu leisten. Bis jetzt habe die nationalstatische Agitation den Fortschritt der deutschen Demokratie lahm gelegt. Aber die Politik der Weisheit, die Frankreich seit dem Abschluß des Abkommens Stinnes-Lubersack zu befolgen scheine, werde den Monarchisten die wirksamste Propaganda aus der Hand nehmen. Durch die Nürnberger Fusion mit den Unabhängigen habe die Sozialdemokratie ihre politische Macht verstärkt. Branting erklärte es schließlich als seine feste Hoffnung, daß die Arbeitergewerkschaften bald ihren Willen würden durchsetzen können. Genosse Branting ist bekanntlich ein ausgesprochener Deutschenfeind. Wenn er sich jetzt so eifrig für eine sozialdemokratische Regierung in Deutschland ins Zeug legt, so erscheint ihm das offenbar als das sicherste Mittel, Deutschland in Kürze dem politischen und wirtschaftlichen Untergange auszuliefern. In Deutschland jedenfalls herrscht nach den Erfahrungen, die wir mit sozialdemokratischer Regierungskunst haben machen müssen, bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung diese Überzeugung vor. Daß außenpolitisch eine sozialdemokratische Herrschaft uns nicht das geringste helfen würde, das beweisen gleichfalls die Erfahrungen aus den letzten Jahren. Im übrigen wird man das Auftreten des Herrn Branting als politische Taktlosigkeit bezeichnen müssen. Dieser wenigstens galt es als selbstverständlich, daß ein auswärtiger Ministerpräsident sich nicht in die politischen Verhältnisse eines anderen Staates einmische, wenn er dort privatim zu Besuch ist.

Demokratischer Parteitag.

SS Auf dem Demokratischen Parteitag in Elberfeld sprach am Montag u. a. der ehemalige Vertreter Kölns in der verfassunggebenden Nationalversammlung Justizrat Fall über die Verhältnisse im besetzten Gebiet. Er schilderte die Bedrückung der rheinischen Stände, namentlich in den von den Franzosen besetzten Gebieten und das Verhalten der Rheinlandkommission. Erstreulicherweise konnte der Redner feststellen, daß die Deutschnationale Volkspartei und die demokratische Partei im Provinziallandtag zusammengehen. Das Rheinland lehne alle Versuche der Verwelschung ab. Es werde die ihm auferlegten Lasten tragen mit ungebrochenem Mut und unerschütterlicher Treue. Der Redner schloß: „Man kann uns beugen, aber nicht brechen. Mit dem rheinischen Arbeiterführer rufen wir aus: Deutschland soll leben, auch wenn wir sterben müssen!“ (Stürmischer Beifall.) Ein weiterer Redner, Professor Brinmann, lehnte bei Besprechung der Stellung Deutschlands zu den Westmächten die pazifistische Haltung des linken Flügels der demokratischen Partei ab. In bezug auf Frankreich warnte der Redner davor, auf die Ansprüche für Deutschland einigermaßen günstige Haltung eines Teiles des Bürgertums und der Arbeiterschaft allzu große Hoffnungen zu setzen. Der Oberpräsident von Ostpreußen, Siehr, besprach die im Osten unseres Vaterlandes durch die Abtretung deutscher Gebiete erwachsenen großen Schwierigkeiten und die Lage der Deutschen im abgetretenen Gebiet. Er warnte vor der Abwanderung der Deutschen, ermahnte sie vielmehr, gerade im Interesse des Deutschlands auf ihrem Posten solange wie möglich auszuhalten. Das deutsche Volk sei verpflichtet, seinen Volksgenossen in jeder Weise zu Hilfe zu kommen, u. a. dadurch, daß die

Kindheitsrechte von ihm korrekt gewahrt würden, um den Polen jeden Vorwand zu negieren.

Vom Parteitag sprach dem Parteitag zur Frage der inneren Politik folgende Entschliessung vor: „Der Parteitag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie beiträgt, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammen zu fassen. Er nimmt als selbstverständlich an, daß diese Arbeitsgemeinschaft die Selbstständigkeit der Partei und die Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze nicht beeinträchtigen wird. Insbesondere ist das Ziel, den Zusammenschluß zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu wahren, unverändert im Auge zu behalten.“

Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

pgz. Eine Arbeitnehmertagung von größter Bedeutung hat vom 3. bis 5. Oktober in Halle stattgefunden. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald war der große Ausschuß des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengetreten, um zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung zu nehmen.

Der Geschäftsbericht stellt ein erhebliches Wachstum fest. Mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern ist der D. G. B. die zweitgrößte deutsche Arbeiterorganisation. Die Tagung erklärte, daß sie eine Nebenregierung der Gewerkschaften in dem sie und da befürchteten Sinne einer unzulässigen Beeinflussung der Regierung nicht anstrebe, wohl aber habe es sich als notwendig erwiesen, dem drohenden Übergewicht bestimmter Interessengruppen entgegenzutreten und damit eine praktische Gleichberechtigung der Arbeitnehmer herbeizuführen. Als politisches Ziel siehe dem Deutschen Gewerkschaftsbund nach wie vor die mit dem Namen Stegerwald verknüpfte Idee der Volksgemeinschaft vor Augen, die auch ein Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft einschleife. Aus der sehr umfangreichen Berichterstattung über die Tätigkeit im Berichtsjahr ist als besonders bedeutsam die Ausarbeitung einer für Genua bestimmten Denkschrift über Deutschlands Finanz- und Wirtschaftslage zu erwähnen, die — in vier Sprachen übertragen — besonders im neutralen Ausland größte Beachtung gefunden hat und von einer Reihe von Gefandtschaften ausdrücklich nachverlangt worden ist.

Aus den Beschlüssen der Tagung ist vor allem die Forderung auf Erhöhung der Wohnungsbauhaushalte bis zu einem Maße, der zur Herbeiführung einer wirklich spürbaren Entlastung auf dem Wohnungsmarkt ausreicht, hervorzuheben. Als Vorbedingung dazu wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die eine verbilligte und ausreichende Versorgung mit Baumaterialien, insbesondere mit Holz, Ziegeln und Kalk gewährleisten sollen.

Gegenüber dem Verfall unserer Währung und der sich häufenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird es als notwendig bezeichnet, die Hauptursachen klar zu erkennen: den Verfall der Tragkraft der Schulden und die Reparationsverpflichtungen. Als weiteres Mittel wird die Hebung der Produktion verlangt. In einer Entschliessung heißt es hierzu: Neben der technischen und organisatorischen Vervollkommen der Betriebe muß insbesondere durch Leistung notwendiger, zwischen den Tarifparteien jeweils zu vereinbarenden überarbeit an der Steigerung der Produktion gearbeitet werden, unter Festhalten an der gesetzlichen Grundlage des Achtstundentages und der Sonntagsruhe. Zur Ermöglichung weiterer Kapitalbildung sei die beschleunigte Schaffung wertbeständiger Anlagevermögens notwendig. Die wirtschaftliche Preispolitik zahlreicher Kartelle und Syndikate, der Inlandsverkauf gegen Auslandswährung, desgleichen auch die vorbestehende Anerkennung der sogenannten Wiederbeschaffungstheorie sei abzulehnen und zu bekämpfen. Die Lasten der Geldentwertung müßten von allen beteiligten Schichten und nicht lediglich von den letzten Verbrauchern getragen werden. Zu den privaten Sachleistungsverträgen (Stinnes-Lubersack u. a.) stellt die Tagung fest, daß enghäufige Urteile über ihren Wert nur nach politischen Gesichtspunkten erfolgen können. Wirtschaftliche Bedeutung sei, selbst bei stark steigender Produktion, Verminderung des für das Inland verfügbaren Warenbestandes und damit Preissteigerung und vermehrten Notendruck. Unbedingt zu erstreben sei das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Umwidmung sämtlicher Sachleistungsverträge.

Stellung wurde weiter genommen zur Reform der Einkommensteuer, und hierzu besonders Änderung der Veranlagungsmethode verlangt. — Unter Aufrechterhaltung der Getreidemenge wird die Notwendigkeit einer Erhöhung des Umlagepreises in einem Ausmaße anerkannt, daß den Versorgungsberechtigten eine merkliche Verbesserung gegenüber dem freien Brot unbedingt gewährleistet ist. Zur Landwirtschaft wird die Erfassung einer genügenden Menge Verbrauchsgetreides durch einen Selbstverwaltungskörper unter vollberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmer und Verbraucher, unter Sicherung reibungsloser Verteilung des erfassten Getreides, Maßnahmen, notwendig durch Wiedereinführung der Zuckerkarte, verlangt.

In einem Vortrag von grundlegender Bedeutung sprach dann der Vorsitzende Stegerwald über Deutschlands gegenwärtige Lage und die Stellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die Verfassung der Schleswig-Holsteinischen Kirche.

opd. Gleichzeitig mit der größten deutschen Landeskirche hat in diesen Tagen die ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins ihre Verfassung zum Abschluß gebracht. Die von der Landeskirchenversammlung beschlossene Verfassung wurde in der Gesamtabstimmung am 30. September angenommen und auf dem Rendsburger Rathaus unterzeichnet. Sie trägt einige charakteristische Züge: Einmal wurde für die beiden obersten Kirchenstellen von Schleswig und Holstein die Amtsbezeichnung „Bischof“ geschaffen. Die vielumstrittene Bischofsfrage, die überall die deutschen Kirchenparlamente beschäftigt, wurde also in bejahendem Sinn beantwortet. Zu den Landesbischöfen in Sachsen, den beiden Mecklenburg, Braunschweig treten die beiden Bischöfe der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche. Sie werden von der Landes Synode auf Lebenszeit gewählt. Einer von ihnen führt den Vorsitz in der Kirchenregierung und hat in dieser Eigenschaft die Kirche nach außen zu vertreten und geistlich zu leiten. Für die Wahl zur Landes Synode wurde mit 55 gegen 39 Stimmen die Wahl beschlossen, in Form der Verhältniswahl. Dagegen werden die Propsteisynoden durch die Gemeindevertretungen gewählt.

Mathenau-Prozess.

W. Leipzig, 9. Oktober. Der Beginn der heutigen Verhandlung im Mathenau-Prozess sammelte sich vor dem Reichsgerichtspalast große Menschenmengen an. Die Kontrolle war äußerst streng. Nur Personen, die sich durch ein Lichtbild ausweisen, wurden zugelassen. Dazu ist die Anzahl der Zuschauer auf ein Drittel verringert worden. Der Vorsitzende stellte fest, daß sämtliche Angeklagten zur Stelle sind. Er teilte weiter mit, es habe sich ergeben, daß die Krankheitserscheinungen, die bei verschiedenen Angeklagten am Sonnabend eingetreten seien, einen ernsthaften Hintergrund haben. Nach der bisherigen Untersuchung, die jedoch noch kein endgültiges Ergebnis darstelle, sei der Verdacht nicht ausgeschlossen, daß ein Anschlag auf die Gesundheit oder sogar auf das Leben eines der Angeklagten vorliegen könnte. Der Verdacht habe die Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt. Hierauf wurde zunächst Landwirtschafstlehrer Duschardt-Werlin als Zeuge vernommen, der mit Günther zusammen das Wilhelmshagen-Gymnasium besucht hat. Er sagt über Günther aus, dieser sei stets ein hilfsbereiter Kamerad gewesen, er habe sich aber außerordentlich beeinflussen lassen. Auf der Schule habe er als phantastisch gegolten. Den Erzbergermord habe er auf das schärfste verurteilt. Der Zeuge sagte weiter aus, daß Günther nur dann maßlos zu übertreiben pflegte, wenn es sich um seine Person handelte. Anlässlich der Genußkonferenz habe er geäußert, er betrachte Mathenau, den vielfachen Millionär, nicht als einen Vertreter der Arbeiterklasse oder als einen Vertreter der Demokratie, sondern als einen typischen Vertreter der Großfinanz. Von seinen Beziehungen zu rechtsstehenden Persönlichkeiten habe er sehr viel gesprochen, jedoch keine Namen genannt. Nach der Vernehmung des Zeugen wird Günther über seine Beziehungen vernommen. Er gibt an, mit General Lubendorff in Verbindung gestanden zu haben, mit dem er über die etwaige Wiederaufnahme des Jagowprozesses verhandelt habe. Auch zu Dr. Helfferich, Graf Reventlow und Oberst Bauer habe er Beziehungen gehabt.

Es folgte das Gutachten des Sachverständigen Sanitätssrat Schay über die geistige Verfassung Günthers. Der Sachverständige hält Günther für einen Hypochondriker, aber nicht für geisteskrank. Er müsse als vermindert zurechnungsfähig bezeichnet werden.

In seiner weiteren Vernehmung sagte Angeklagter Tilleßen aus, er habe in Berlin von dem geflüchteten Brand erfahren, daß Kern ein großes Unternehmen, nämlich die Ermordung Mathenaus, vorhatte. Er habe Kern davon abgeraten und schließlich den Einbruch gewonnen, daß Kern schwänzend geworden sei. Auf Verfragen bestritt der Angeklagte ausdrücklich die Mitschuld an der Ermordung Mathenaus und erklärte, er habe sich auch nicht veranlaßt gefühlt, den Kernschen Plan anzugehen, da er tatsächlich der Meinung gewesen sei, daß Kern seinen Plan bereits aufgegeben habe. Auf weiteres Befragen erklärte der Angeklagte, er habe den Einbruch gehabt, daß Kern, solange es irgend möglich gewesen sei, doch noch nicht eingeweißt habe. Er glaube, daß Kern schon, als er das Auto holen ließ, an den Mord gedacht habe.

Angeklagter Blak, der mit Tilleßen befreundet und Geschäftsführer des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten sowie des „Neudeutschen Bundes“ in Frankfurt a. Main und zuletzt Schriftleiter der „Völkischen Rundschau“ war, sagte aus, Tilleßen sei über die Ermordung Erzbergers empört gewesen. Der Angeklagte erklärte, er habe angenommen, daß Tilleßen, dessen Einfluß auf Kern er gekannt habe, Kern von seinem Plane abbringen würde. Von der Ermordung Mathenaus habe er abgesehen, da er aus den Äußerungen Kerns entnommen habe, daß er seinen Plan fallen lassen. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet.

Es folgte die Vernehmung einer Reihe von Polizeibeamten, die bei der Verhaftung und der polizeilichen Vernehmung der Angeklagten Tschow, Nijemann, Blak, Wöhl und Steinbeck mitgewirkt haben. Daran schließt sich die Vernehmung des Reugen Studienrats Reß, der über die Vorgänge auf dem Reichsbund des Deutschen nationaler Jugendbundes auszusagen soll, auf dem Günther mit großem Jubel als Mörder Mathenaus begrüßt worden sein soll.

Aber die Herkunft der Schokoladenfundung, die den Angeklagten im Mathenau-Prozess ausgegangen war und als Wunderschein die Firma Carotti genannt hatte, haben in Berlin polizeiliche Ermittlungen von Beamten der Berliner politischen Polizei und von Leipziger Polizeibeamten festgestellt. Hierbei ist festgestellt worden, daß die fraglichen Schokoladenpralinen zwar in gebräuchlichen Carottifüllungen eingepackt waren, daß es sich aber nicht um eine Originalpackung der Firma Carotti gehandelt hat, und daß diese Firma von einem Dritten fälschlicherweise als Abfenderin angegeben worden ist.

Bibliophilen-Witze.

Bei dem Festmahl anlässlich der jetzt in Breslau abgehaltenen Hauptversammlung der Gesellschaft der Bibliophilen gab es, wie schon kurz berichtet, neben anderen literarischen Spenden auch einen satirischen Buchkatalog, der viel Spaß machte. Sein Titel lautet: „Verzeichnis einer Anzahl theils unauftreibbar gewordener, theils höchst merkwürdiger, verschollener, aus dem Handel gezogener, auch völlig neuer und doch schon überaus seltener Vorzugsbrude nebst andersgründig werthvoller Werke für den Bibliophilen.“ Wir greifen ein paar besonders lustige Nummern heraus. Da wird angepriesen:

Courts-Möbler, G., Treue Liebe siegt! Roman. Leipzig v. J. Blaubart-Verlag. Gr.-Fol. Mit 20 Radierungen von Max Liebermann. Handzeichnungen von M. Elevoigt und handgemalten Initialen von F. Mesed. Vorwort von Gerhart Hauptmann.

Wir freuen uns, diesen berühmtesten Roman der deutschen Georges Sand ihrem Verehrerkreis in einer Luxusausgabe vorlegen zu können, die alles bisher Dagewesene weit hinter sich läßt. Fünf Ausgaben wurden hergestellt: A I: Das Vorwort von Gerhart Hauptmann, ein begeisterter Hymnus auf die Dichterin in Originalhandschrift. Die ganzseitigen Radierungen Liebermanns in siebenfarbiger Folge und in den sieben Farben des Regenbogens. Die Handzeichnungen Elevoigts, in Summa 367, jede einzelne vom Künstler signiert und auf China von ihm persönlich mit Bleistift angeklebt. Die Initialen Meseds in Weinfarben erlesener Jahrgänge. Papier aus der Kaiserl. Japanischen Kartonfabrik in Tschimulpo (Korea). Type: Chinesische Wöndsgothik mit ausfallenden Wokalen. Neunzehnjährer Einband aus echtrussischen Zuchten, auf dem Vorderdeckel eine Goldplatte mit dem Porträt der Dichterin, auf der Rückseite derselbe Kopf von hinten, in Silber ciseliert. Die Schließen mit je 8 Brillanten besetzt. 2 Exemplare zu je 30 000 Goldmark (zur Zeit von der Reparationskommission beschlagnahmt). — A II: Vorwort in Kassimile, doch mit eigenhändiger Unterschrift Hauptmanns. Die Radierungen mit Korrekturen Liebermanns, die Kompositionen Elevoigts auf angelegten Mändern aus mexikanischem Seidenmalis, die Initialen in parfümierter Wasserfarben (Lechner). Einband: ungebohrtes Biegenleder mit Schlangenhäutchen, die Brillanten auf den Schließen best. Simili. 20 Exemplare. Preis: nach dem Dollarkurs. — B I: Ohne Vorwort, die Radierungen von Liebermanns Hand durchstrichen, die Handzeichnungen in doppelter Folge beigegeben, die Initialen in Schwarzweiß. Papier: Unbenutztes Kufensbüttel. Einband: Graue Serge mit Zinkstift aus Alpaka, auf dem Vorderdeckel das Medaillonporträt der Verfasserin in Lichtdruck auf Medaillon. 100 Exemplare zu je einem Hunderttausendmarktschein deutscher Währung. — B II: Ohne Vorwort, ohne Radierungen, ohne Handzeichnungen, ohne Initialen. Type: Maschinenschrift

New-York, 9. Oktober. (Funkdienst.) Wechsel auf Berlin Schlussskurs 100 Mark = 0,03 1/2 (0,04 1/2) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 2962,962 (2352,941 Mark.)

Die Verhandlung gegen Fischenbach.

München, 9. Oktober. Die Verhandlung wird immer noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit der Verlesung der Verträge Fischenbachs an Dr. Gargus bezogen. An das Büro der Transatlantik ausgefüllt. In der Verteidigung wiederholt Fischenbach immer wieder, daß er der Meinung war und noch sei, das internationale Korrespondenzbüro sei kein Spionagebüro. Mit seinen Verträgen habe er der deutschen Republik gegen die reaktionären Umtriebe und die Pläne auf Wiederaufrichtung der Monarchie dienen wollen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß dies doch nicht auf dem Umweg über die ausländische Presse möglich sei, erwidert der Angeklagte, er habe auf diesem Wege die Reichsregierung zum Einschreiten gegen die reaktionären Umtriebe veranlassen wollen. Fischenbach berichtete über die verschiedenartigen Vorformungen in Bayern. Das Rotterdammer Büro besetzt u. a. auch ein Verzeichnis der bayerischen Regiments- und Offiziersvereinigungen.

Beamtenabbau in Oesterreich.

* Schon oft ist von einem Abbau des viel zu umfangreichen Beamtenapparats des klein gewordenen Oesterreichs gesprochen und geschrieben worden, aber parteipolitische Rücksichten hatten bisher die Verwirklichung dieser Witsch verhindert. Unter dem Diktat der Entente, die in der „Genfer Konvention“ den Beamtenabbau als eine der Voraussetzungen für die Kredithilfe aufgestellt hat, soll nun endlich die Vereinfachung der Verwaltung ins Werk gesetzt und dabei im Verkehrsministerium, derjenigen Behörde, der man den größten Angestelltenüberfluß zum Vorwurfe macht, mit der Ersparungsreform begonnen werden. Wie die „Reichspost“ erzählt, wird das Verkehrsministerium mit dem Abbau bei sich selbst, also bei der Zentrale, beginnen und erst nachher den Abbau auch auf die Exekutive und die Unterbehörden ausdehnen. Das Verkehrsministerium besitzt gegenwärtig über ein Duzend Sektionschefs, während das Ministerium zur Zeit der Monarchie nur vier Beamte dieses Ranges besaß. Um nicht den Anschein zu erwecken, als würde der Abbau nur die unteren Beamtenkategorien treffen, wird man bei den höchsten Beamten mit dem Abbau beginnen, bei dem mehr als die Hälfte der Sektionschefs noch im Laufe des Oktobers verschwinden wird. Was den Abbau im allgemeinen betrifft, so werden alle Angestellten des Verkehrsministeriums, die unter das Abbaugesetz fallen, aus dem Staatsdienst verabschiedet werden, also die, welche die annehmbare Dienstzeit schon vollendet und das 54. Lebensjahr erreicht haben, ferner die, die nach dem 30. Juli 1919 in den Bundesdienst eingetreten sind, die deren Dienstposten zur Auflösung bestimmt sind, und alle, die als überzählig anzusehen sind. Das Verkehrsministerium wird aber darüber noch hinausgehen und auch alle jene abbauen, denen es an Fähigkeit, Fleiß, Pünktlichkeit usw. gebricht und deren Qualifikation nicht die beste ist. Inzwischen, die in den letzten Jahren im Dienste wiederbenutzt wurden, haben bereits durchwegs ihren Abschied bekommen.

Die Petroleumkonzessionen in Rußland.

Paris, 9. Oktober. Nach einer Meldung des „Reinhold-Geralt“ aus New-York wird das Staatsdepartement durch die Petroleumkonzession der russischen Sowjets an die Sinclair Oil Company auf der Insel Sachalin insofern in eine merkwürdige Lage gebracht, als die Insel zurzeit unter japanischer Kontrolle steht, die jedoch von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt wird. Andererseits werden von dem Staatsdepartement keine Verhandlungen mit den Sowjets aufgegeben. Das Departement steht vor demselben Dilemma wie im Falle der Konzeption Wandalip auf Sachalin.

Ein polnisches Gesetz „zum Schutze der Republik“.

* Wie die „Lodzer Freie Presse“ mitteilt, wird die polnische Regierung dem neuen Sejm ein „Gesetz zum Schutze der Republik“ vorlegen, das Anschläge gegen die Unabhängigkeit des Staates, Benachteiligungen der Würde und Ehre der höchsten staatlichen Behörden und Versuche, den verfassungsmäßigen Zustand als Republik zu gefährden, unter Strafe stellen wird. Durch das Gesetz soll der Zustand beseitigt werden, daß in den einzelnen Gebieten Polens derartige Vergehen sehr verschieden beurteilt und bestraft werden, und daß beispielsweise wohl die kommunistische Propaganda schon jetzt unter Strafe steht, aber nicht eine etwaige monarchistische. Der Gesetzentwurf sieht Gefängnisstrafen vor für Versuche, einzelne Gebiete Polens unter fremde Herrschaft zu bringen oder vom Gebiete der Republik abzutrennen, ferner für Versuche, die verfassungsmäßige Staatsform zu ändern, ferner für Gewalttaten oder auch Beleidigungen gegen Staatspräsidenten, Sejm, Senat, Nationalversammlung und den Staatspräsidenten. Endlich werden Gefängnis- oder Geldstrafen angedroht für Verbreitung nicht wahrer oder übertriebener Nachrichten über den Staat oder dessen Verfassungsmäßigkeit, sofern dadurch Polens nachbarliche Beziehungen mit anderen Staaten gefährdet werden können. Im Falle eines Krieges oder drohender Kriegsgefahr oder wenn in einem Teile der Republik der Ausnahmezustand verhängt ist, kann bei schwereren Vergehen gegen das Gesetz auf Todesstrafe erkannt werden.

Es liegt auf der Hand, daß Klauseln wie „Benachteiligung der Würde und Ehre der höchsten staatlichen Behörden“, „Beleidigungen des Sejms und Senats“ usw. gegen nichts weiter als gegen die Freiheit der Presse und des Wortes gerichtet und vor allem dazu bestimmt sind, die völkischen Minderheiten mundtot zu machen.

— Zur Wahl des Reichspräsidenten teilt die Telegr.-Union mit, in Konstantin hätten Vertreter der Regierungsparteien mit Dr. Wirth über die Bildung eines überparteilichen Ausschusses für die Kandidatur Ebert Rücksprache genommen. Man sei zu einem Einvernehmen gekommen.

— Von einem neuen Zwischenfall in Oberasselt berichtet die „Telegr.-Union“. Dort sei es in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zu einem Zusammenstoß zwischen deutschen Zivilisten und belgischen Soldaten gekommen, wobei ein deutscher Zivilist durch einen Schuß ins Lebensgefahr verlegt worden sei.

§§ Die Zentrale der deutschen Landfrauen hat im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Frauenarbeit eine Eingabe an den Reichsernährungsminister gerichtet, in der sie die Ernennung einer Referentin im Landwirtschaftsministerium beantragt, die in ständiger persönlicher Verbindung mit den vorhandenen Frauenorganisationen auf dem Lande im Ministerium die Mitarbeit dieser Frauenkreise fördert und den organisierten Landfrauen Anregung und Förderung auf jenen Arbeitsgebieten zuteil werden läßt, die für die Hebung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und für die Ernährung des deutschen Volkes von großer Bedeutung ist.

— Im Verfahren gegen den früheren Berliner Handwerkskammerpräsidenten Rahardt, der des Betruges, der Untreue und der Verletzung zum Nachteil der Berliner Handwerkskammer angeklagt ist, soll nach der „Allg. Fleischerzeitg.“ demnächst die Gerichtsverhandlung stattfinden. Die Liste der Angeklagten außer Rahardt senior umfasst nach dem genannten Blatt den früheren Handwerkskammersekretär Oskar Hoffmann, die Kaufleute Erich Rahardt, Karl Bömer, Albert Roth und August Kruse sowie die Architekten Albert Sonnenburg und Walter Müller.

— Der Streik der Wiener Hausbesitzer ist, nachdem die Abspernung der Wasserleitungen, das Aufheben der Beleuchtung der Straßen und die frühere Sperre der Gasthäuser aus dem Streikprogramm ausgeschaltet worden sind, für die Mieter so gut wie beendet. Über die schwebenden Differenzen wird nimmermehr im Wege parlamentarischer Verhandlungen entschieden werden.

W. Moskau, 9. Oktober. Anlässlich der Ablehnung des Urquhart-Vertrages durch die räterussische Regierung schreibt „Iswestija“, die Abweisung der Ratifikation zeige der ganzen Kapitalistenwelt, daß die Räteregierung nicht erlauben werde, Rußland als Kolonie zu betrachten. Da die Politik Englands gegen die Lebensinteressen der Sowjetrepublik gerichtet sei, sei die Räteregierung nicht in der Lage, die Förderung der englischen Interessen in Rußland durch den Urquhart-Vertrag zu dulden.

Wider, von der Dichterin selbst getippt, mit allen Fehlern. Einband: Blaupapier. 8000 Exemplare. Preis verschieden, je nach der Dichtigkeit der Schrift. — O: In eleganter Mappe. Nur das Papier: ohne Schriftzeichen. Nicht illustrierte Auflage. Preis freibleibend, da vermutlich diese Ausgabe viel verlangt werden dürfte.

Weiter:

Grack, Geschichte der Juden. Leipzig. 1922 f.

Die längst vergriffene große 11bändige Ausgabe des berühmten Grackschen Werks. Herausgegeben auf Veranlassung von Prof. Dr. Adolf Bartels (Weimar), der besonders das Kapitel über die synagogale Poesie der Juden bearbeitet hat. Als 12. Ergänzungsband ist beigegeben: Geschichte der jüdisch-akademischen Vereinigungen von Prof. Dr. Gustav Koethe. Preis: 80 Goldmark. Zionisten Ermäßigung.

Endlich:

Raffle, August, Der Umgang mit Seinesgleichen. Berlin, Altpolis-Verlag. 1922. Gr.-Fol.

Ein Lehrbuch des guten Tons von jenem fast volkstümlich gewordenen Lebenskünstler, der es als Erster verstanden hat, ein neues Formale des Erziehens mit dem festgelegten und in seiner Art einzigen Sichgehen des vornehmen Berlinerthums in Einklang zu bringen. Man könnte das Werk als eine Cavalier-Perspektive der Nachrevolution bezeichnen, vielleicht auch als eine Philosophie der Kinderstube an der Spree. Aber sei es wie es sei: dieser „Umgang mit Seinesgleichen“ wird eine Zierde jedes auf einem echten Teppich stehenden Salonstückes bilden — es ist das Buch der aus den Wirren der Zeit sich schälen den neuen Gesellschaft, die aus einer überlebten Konvention den Anstand der Gesinnung auf eine reiflos schöne Unmöglichkeit zu übertragen weiß. Besonders aufmerksam möchten wir auf das von Frau Rosalie Raffle, der Gattin des Verfassers, geschriebene XII. Kapitel machen: „Die Lady vor der Toilette und nachher“, ebenso auf das XIII. und XIV. Kapitel: „Das Benehmen einer Frau von Welt in der ersten Rangloge“ und „Die Dame in ihrem eigenen Auto“. Der Verlag hat für eine Ausstattung gesorgt, die durchaus dem Inhalt entspricht. Der Zeichner der eleganten Gesellschaft, Heinrich Bille, lieferte den künstlerischen Buchschmuck. Preis: M. 12 000.

Man sieht, daß hier gewisse Auswüchse der neueren Bibliophilie recht drahtig verpöppelt werden.

Theater.

Roberttheater: „Der Wiberpelg.“ Vor kurzem, bei den Gerhart-Hauptmann-Festspielen, wurde uns das Stück von aus dem Reich zusammengetrommelten „Prominenten“ vorgeführt — aber auch bei lebendiger Erinnerung an jenen Abend mußte man an der nunmehr von heimischen Kräften gebotenen Aufführung seine Freude haben. War Friedel Ranaa auch keine muster-

gültige „Mutter Wolffen“ wie Elise Lehmann, so reichte sie doch in diesem an das große Vorbild heran. Worin sie diesem noch nicht gleichkam, das war die Ruhe in der Energie, der dem Bewußtsein überlegener Laikraft und Schlußheit entspringende Humor; wo Elise Lehmanns Wolffen mit ihren Reuten nur resolut und herb war, hörte man hier manchmal unangenehm leisende und volternde Töne. Aber sicher dürfte die Darstellerin noch weiter in diese Rolle hineinwachsen; sie hatte schon diesmal einen großen Erfolg damit und erntete bereits nach dem ersten Akt Hervorrufe. Der Amtsvorsteher von Wehrhahn gab der Spielleiter Ludwig Warg besser, als seinerzeit der Berliner Jannings; denn er verstand es, die schon vom Verfasser karikierte Figur zu überkarikieren, und verließ ihr so mehr Wahrscheinlichkeit und dadurch auch mehr echte Komik. Ebenso hütfete sich Walter Leopold als Amtsdienerr Mittelhof vor dem Hinübergleiten ins Schwantmähige, das sich Gustav Roth als serviler Amtsschreiber nicht ganz versagen konnte. Stark vergöttert wurde die Gestalt des Rentiers Krüger durch Richard Felden. Der alte Herr, der der Annahme des unfähigen Amtsvorstehers ein strammes bürgerliches Selbstgefühl entgegensetzt und nur im gerechten Ärger fertig wird, trat hier immer sofort wie ein nervöser Schreier und Querulant auf. Andererseits gerieten der Motes des Herrn Klebersburg und der Doktor Fleischer des Herrn Rosenthal etwas zu farblos, während Sigismund Lohde als Chemann Wolff, Herbert Böhm als Schiffer Wulff und in den kleineren Rollen besonders Elise Gert als Frau Motes und Marliese Ranaa als Adelheid Wolff ihren Aufgaben voll gerecht wurden. Das ziemlich gut besetzte Haus zeigte sich sehr beifallsfreudig.

Thaliatheater. „Jugend.“ Daß die Aufnahme von Max Salbes „Jugend“ den Wünschen des Publikums entspricht, bewies am Sonntag das dichtbesetzte Haus. Viele Bühnenstücke aus des Dramas Entstehungszeit erscheinen uns heute veraltet, aber Salbes berühmtestes Werk wird immer jung bleiben, so wie der Natur stets ein Frühling besetzt sein wird und junge Herzen in jehender Liebe sich finden werden. Man spielte unter Herrn Salbes sorgfältiger Regie (direkt gemüthlich sah das Pfarrhauszimmer aus) recht gut. Den grundgütigen und doch mannhaften alten Pfarrer Hoppe des Herrn Werna kennen wir ja seit langem. Fr. Waberles Annen war ganz so, wie der Dichter sie sich gedacht hat: himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt, holde Verschämtheit und heißes Blut. Eine scharf umrissene Figur stellte der Kaplan des Herrn Mehn dar. Ohne Frage liegen dem begabten Künstler solche ernste Charakterrollen mindestens ebenso gut, wie die bisher meistens von ihm gegebenen Pöffen-Vorwands. Ein wenig zu weich angelegt war der Hans des Herrn Renfer, der aber trotzdem manche recht gute Momente hatte. Der Verführung, als Amandus etwas zu übertrieben, ist, wie viele Vorgänger in dieser wenig sympathischen Rolle auch Herr Wensch. Ruher unterlegen. Starker Beifall dankte den Darstellern und sicher auch dem Dichter. Könnte das die Theaterleitung nicht bewegen, auch einmal ein anderes von Salbes heute zu Unrecht vernachlässigten Werken auf die Bühne zu bringen, etwa das jetzt gerade so sehr zeitgemäße Drama „Das wahre Gesicht“ oder das nicht weniger zeitgemäße Schauspiel „Freiheit“? A. D.

(Vorlesung folgt.)

Cabinen u. Kottäppchen Gett
Sonderfüllungen
Kloß u. Foerster, Freyburg a. U.

Lokales.

Jugendkundgebung in der Jahrhunderthalle.

Baltimore: D. Montpelier 14. October. — Auba und Megilo: D. Solatia
11. October. — Westküste: D. Arizonan 21. October. — Westindien: D. An-
tiogia 11. October. — Südamerika: D. Steigewald 17. October. D. Monte-
vides 31. October. — Riga: wöchentlich. — Köln und den Rheinwischgebirgen:
D. Frankfurt ca. 12. October.

17. *angew. u. allg. Geol. Zug.* - Die Geol. d. Englel. Zug

